

# Scientists for Future OÖ - Stellungnahme zum NEKP 2023/24

Kontakt: Erwin Reichel, [erwin.reichel@gmx.net](mailto:erwin.reichel@gmx.net)

Datum: 30.8.2023

In Bezug auf die zur Konsultation bereitgestellte Version des Nationalen Energie- und Klimaplanes ([Nationaler Energie- und Klimaplan \(bmk.gv.at\)](https://www.bmk.gv.at)) geben wir als Scientists for Future Regionalgruppe Oberösterreich folgende Stellungnahme ab:

Der Vorschlag für den NEKP ist sehr umfangreich in der Darlegung vergangener und aktueller Entwicklungen, allerdings in den Aussagen zu effektiven Maßnahmen sehr vage, sodass nicht von einem nationalen Plan gesprochen werden kann. Zudem finden die gut ausgearbeiteten Empfehlungen des Klimarates ([Der Klimarat](#)) zu wenig Beachtung. Diese sollten in konkrete Maßnahmen für die Bundesregierung, die Landesregierungen und Gemeinden gegossen werden und mit einem konkreten Zeit- und Budgetplan zur Umsetzung ausgestattet werden. Essenziell sind auch Regeln für Anreize und Sanktionen bei Übererfüllung und Zielverfehlung. Dazu ist ein Quartalsmonitoring, etwa basierend auf der Global Reporting Initiative (GRI) oder vergleichbaren Rahmen auf Länder- und Gemeindeebene zu implementieren. Dafür am besten geeignet wäre das österreichische Klimaschutzgesetz (KSG). Als allgemeine Maßnahme bei Zielverfehlung sollte eine automatische Reduktion der Geschwindigkeiten eingeführt werden, zB um 10 km/h (Autobahnen und Freilandstraßen) für jedes Jahr der Zielverfehlung. Eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h in Ortsgebieten sollte unmittelbar eingeführt werden, um die aktive Mobilität sicherer und attraktiver zu gestalten.

Ein wesentliches Versagen der Regierungsparteien betrifft die Klimakommunikation. Notwendig wäre eine klare Aussage zu den wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Dringlichkeit der Klimaveränderung sowie effektiven Maßnahmen zum Ausstieg aus fossilen Energieträgern und dem Ende aller Treibhausgasemissionen. Es muss auch kommuniziert werden, welches Budget dafür in den nächsten zwei Jahrzehnten notwendig ist. Aktuelle Studien gehen von staatlichen Investitionen in der Höhe von 45 Milliarden Euro bis 2040 aus. Diese Mittel könnten einfach durch eine Verdopplung der Mineralölsteuer aufgebracht werden, ohne die Bemühungen von Vorreitern der Klimaneutralität zu beeinträchtigen. Fossile Energieträger werden, speziell im Transport auf der Straße, immer noch stark subventioniert. Dies führt zu einer Marktverzerrung und Markteintrittsbarrieren für emissionsfreie Alternativen. Der Neubau von hochrangigen Straßenverbindungen sollte ausgesetzt werden, bis die Emissionen im Verkehrssektor bis annähernd Null reduziert werden.

Anmerkungen zu den Aussagen/Annahmen im Detail:

Seite 9: "So decken Wasserkraft und sonstige erneuerbare Energien 2021 bereits 85,5 % der gesamten heimischen Energieerzeugung ab."

Das ist etwas irreführend, da der Anteil an "heimischer Energieerzeugung" am gesamten Primärenergiebedarf einen sehr kleinen Anteil (ca 30%) hat - somit ist der Anteil an Erneuerbaren bei etwa 25% - die Hälfte davon als Biomasse in der Wärmeerzeugung. Der

Großteil des Energiebedarf wird durch fossile Import (Öl, Gas, Kohle) gedeckt. Oft wird unter "Energie" nur der Anteil an elektrischer Energie verstanden. Deren fossile Anteil wird dabei durch kalorische Kraftwerke - hauptsächlich Erdgas als Energieträger - mit einem Wirkungsgrad <40% erzeugt.

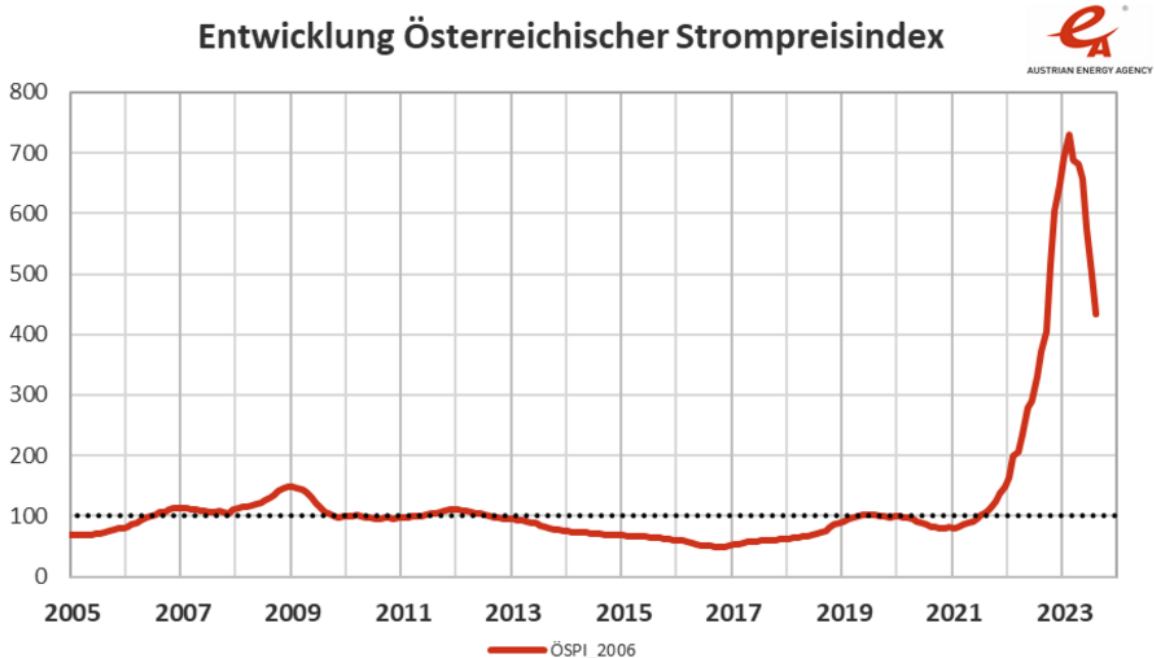
[Zahlen, Daten, Fakten \(bmk.gv.at\)](https://www.bmk.gv.at)

Seite 41 c) Verkehr: offenbar Tippfehler, mit "RES II" ist wohl die Renewable Energy Directive (RED II) gemeint

[Renewable energy directive \(europa.eu\)](https://europa.eu)

Seite 43: "Die Erdgasspeicherkapazitäten in Österreich haben sich seit Beginn dieses Jahrzehnts von 40,6 TWh (Anfang 2011) auf derzeit 96,94 TWh mehr als verdoppelt." Es ist wohl das vorige Jahrzehnt gemeint.

Seite 46: Abbildung Strompreisindex aktualisiert:



Quelle: EEX | Berechnungen: Österreichische Energieagentur

[Strompreisindex: AEA - Österreichische Energieagentur \(energyagency.at\)](https://www.energyagency.at)

Seite 49ff: Es sollten bundesweit einheitliche Regelungen für den Aufbau erneuerbarer Energieanlagen durchgesetzt werden. zB Abstandsregel bei Windkraftanlagen, Doppelnutzung von PV Freiflächenanlagen (Agri-PV), Nutzung geologischer Formationen als Speicher (Wasserstoff und Wärme). Für die Durchführung der Ausbauziele sollten Quoten für die Energieversorger eingeführt werden, zB 100% Erneuerbare Erzeugung ab 2030, Herstellung von saisonalen Speichermöglichkeiten, Aufbau der Kapazität um die Transformation von fossilen zu erneuerbaren Energieträger zu erreichen - dabei ist mit einer Verdopplung des Strombedarfs zu rechnen. (s.a. Kap 2.1.2, Tabelle 9, WAM Szenario)

Seite 74: Die Zielvorgabe, im Jahr 2030 den Gesamtstromverbrauch aus 100% erneuerbaren Energien zu decken ist gut, sollte aber in den konkreten Ausbauzielen

genauer ausgearbeitet werden. Die Umstellung der Sektoren Mobilität und Industrie wird langfristig zu mindestens einer Verdopplung des Strombedarfs führen. Wichtig wäre es primär, die Barrieren für private Investitionen abzubauen und das Stromnetz beschleunigt zu einer dezentralen Versorgungsstruktur umzubauen und mit den notwendigen Speicherkapazitäten auszustatten. Dafür kommen batteriebasierte Netzspeicher sowie Elektrolyse zur Wasserstoffherstellung und andere Power-to-Gas Einrichtungen in Frage. Seite 79: Anpassung der Stromerzeugung aus PV und Wind zu jeweils >40 TWh im Jahr 2030 sowie Ausarbeitung von dazugehörigen Maßnahmen wie genehmigungsfreier Standorte und Investitionsförderungen für Gemeinden und Private.

Seite 106: Die CO<sub>2</sub> Preise müssen rascher an die wahren Kosten der Schäden durch Emissionen angepasst werden. Aktuelle Studien gehen von mindestens 185 USD pro Tonne aus: [Comprehensive evidence implies a higher social cost of CO2 | Nature](#)

Die weiteren Maßnahmen haben größtenteils gute Ansätze, müssen aber noch mit konkreten Budget- und Zeitplänen ausgearbeitet werden.